

401972-2024 - Wettbewerb

Deutschland – Dienstleistungen von Ingenieurbüros – Ingenieurbauwerksplanung für die Erweiterung der Kläranlage in Griesstätt Lkr. Rosenheim

OJ S 130/2024 05/07/2024

Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Dienstleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Gemeinde Griesstätt

E-Mail: info@griesstaett.de

Rechtsform des Erwerbers: Von einer lokalen Gebietskörperschaft kontrollierte Einrichtung des öffentlichen Rechts

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Allgemeine öffentliche Verwaltung

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: Ingenieurbauwerksplanung für die Erweiterung der Kläranlage in Griesstätt Lkr. Rosenheim

Beschreibung: Die Gemeinde Griesstätt mit knapp 3000 Einwohnern verfügt über eine eigene Kläranlage, an der St 2359 gelegen. Die Kläranlage wird von einem privaten Betreiber betrieben und verfügt derzeit über eine Kapazität von jährlich ca. 240.000 m³ Schmutzwasser. Bei Starkregen beträgt der Regenwasseranteil aus der Kanalisation bis zu 70%. Das vorgeschaltete Regenrückhaltebecken hat eine Kapazität von 2.300 m³. Die Kläranlage ist hinsichtlich der Kapazität zu klein, es ist keine aerobe Stabilisierung des Belebtschlammes möglich. Die Kläranlage verfügt derzeit über ein Kombibecken und soll um ein zweites belüftetes, mechanisch-biologisches Belebungs- und Nachklärbecken ertüchtigt und erweitert werden und somit für eine Zielgröße von 4000 Einwohnern ausreichen. Neben dem bestehenden Becken befinden sich zwei Schlammstillen. In diese soll auch das neue Becken den Schlamm einpumpen. Das neue Beckenvolumen soll ca. 780 m³ (Durchmesser knapp 16 m) betragen, die innere Nachklärung soll mit ca. 11 m Durchmesser vorgesehen werden. Es wird von einer Beckentiefe von ca. 4,5 m ausgegangen. Es ist eine neue Pumpenanlage in einem Schacht erforderlich, zudem ein kleines Techniklager für die Gebläse. Die bestehende Fotovoltaikanlage soll auf dem Dach dieses Gebäudes erweitert werden. Das neue Becken soll in unmittelbarer Nachbarschaft nördlich des bestehenden Beckens errichtet werden. Für den freien Auslauf an einer Zusammenführung beider Becken besteht ein Zwangspunkt hinsichtlich der Höhenlage, das Gelände ist nicht eben. Eine Machbarkeitsstudie für die Erweiterung liegt vor. Für das neue Becken ist eine Baugenehmigung erforderlich. Die Leistung ist als 3D-Planung zu erbringen. Die Kostenverfolgung ist nach den Anforderungen der RZWas zu leisten, auch wenn keine Förderung gewährt werden kann. Die Planungs- und Bauleitungs Jour Fixe Termine sollen in örtlicher Präsenz in Griesstätt durchgeführt werden. Kennung des Verfahrens: edbbaa95-ce00-4553-b86a-3b18a32ed429
Verfahrensart: Verhandlungsverfahren mit vorheriger Veröffentlichung eines Aufrufs zum Wettbewerb/Verhandlungsverfahren

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71300000 Dienstleistungen von Ingenieurbüros

Zusätzliche Einstufung (cpv): 71327000 Dienstleistungen in der Tragwerksplanung, 71200000 Dienstleistungen von Architekturbüros

2.1.2. Erfüllungsort

Stadt: Griesstätt

Postleitzahl: 83556

Land, Gliederung (NUTS): Rosenheim, Landkreis (DE21K)

Land: Deutschland

2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: 1) Bewerber bzw. Bieter übermitteln ihre Teilnahmeanträge bzw. Angebote in Textform nach § 126b des Bürgerlichen Gesetzbuchs ausschließlich mithilfe elektronischer Mittel gemäß § 10 VgV über die genannte Vergabeplattform. Es werden nur die im Postfach des jeweiligen Auftrages auf der Vergabeplattform eingegangenen Unterlagen berücksichtigt. Teilnahmeanträge und Angebote müssen nicht handschriftlich signiert werden. Der Bewerber/ Bieter informiert sich selbstständig über die Beschränkungen der Vergabeplattform (z. B. Beschränkungen zu Dateien). ____ 2) Weitere Unterlagen über die verlangten Erklärungen, Nachweise und Referenzen hinaus sind nicht erwünscht und werden bei der Wertung nicht berücksichtigt. ____ 3) Der Auftraggeber behält sich vor, fehlende Erklärungen und Nachweise gemäß § 56 Abs. 2 VgV nachzufordern. ____ 4) Die vom Bewerber / Bieter eingereichten personenbezogenen Angaben werden im Rahmen des Vergabeverfahrens verarbeitet und gespeichert. ____ 5) Informationspflicht des Bewerbers: Sofern Fragen von Bewerbern oder Bietern eingehen, deren Beantwortung über die in den sonstigen Vergabeunterlagen hinausgehende Information enthält, werden die Fragen und Antworten auf der Vergabeplattform als Fragen- und Antwortliste veröffentlicht. Die Bewerber / Bieter verpflichten sich, sich eigenverantwortlich auf der Vergabeplattform zu informieren, ob Erläuterungen, Aktualisierungen oder Änderungen zu den Vergabeunterlagen vorgenommen wurden. Weiter werden die Bewerber/ Bieter ausdrücklich darauf hingewiesen, dass sich in besonderen Fällen die Notwendigkeit ergeben kann, die Teilnahmefrist / Angebotsfrist zu verlängern. Entsprechende Erläuterungen, Aktualisierungen oder Änderungen werden unverzüglich auf der Vergabeplattform veröffentlicht. Alle veröffentlichten Erläuterungen, Aktualisierungen oder Änderungen sind Bestandteil der Vergabeunterlagen. ____ 6) Falls seitens des Bewerbers / Bieters Änderungen an seinen noch vor dem Bewerbungs- / Angebotsschluss eingereichten Unterlagen erforderlich werden, gelten folgende Regelungen: Sofern keine gesonderte Mitteilung des Bieters/ Bewerbers eingeht, wird davon ausgegangen, dass der schon eingereichte Teilnahmeantrag / das schon eingereichte Angebot unverändert aufrecht gehalten wird. Ansonsten ist vom Bewerber/ Bieter bis zum Ende der Teilnahmefrist / Angebotsfrist über die Vergabeplattform mitzuteilen, dass: - der bisher eingereichte Teilnahmeantrag / das bisher eingereichte Angebot für ungültig erklärt und kein neuer Teilnahmeantrag / kein neues Angebot abgegeben wird, - oder der bisher eingereichte Teilnahmeantrag / das bisher eingereichte Angebot für ungültig erklärt und ein neuer Teilnahmeantrag / ein neues Angebot vor Ende der Frist elektronisch abgegeben wird, - oder der bisher eingereichte Teilnahmeantrag / das bisher eingereichte Angebot - ergänzt um das Erläuterungs-, Aktualisierungs- oder Änderungsschreiben - aufrecht erhalten werden soll. Auf die im Einzelfall vorliegende Variante wird im betreffenden Erläuterungs-, Aktualisierungs- oder Änderungsschreiben ausdrücklich hingewiesen. Es wird darauf hingewiesen, dass das unterzeichnete Erläuterungs-, Aktualisierungs- oder Änderungsschreiben vor Ablauf der Frist dem Auftraggeber elektronisch vorliegen muss. ____ 7) Es wird darauf hingewiesen, dass die

Bewerbungs- bzw. Angebotsfrist noch bis zum Tag vor Abgabe der Bewerbung bzw. des Angebotes verlängert werden kann. Alle evtl. Verlängerungen von Fristen werden auf dem Vergabeportal, auf dem die Vergabeunterlagen zur Verfügung stehen, bekannt gemacht. ____

8) Hinweis zu einer etwaigen Nachnominierung: Im Falle einer Absage eines Teilnehmers der Vergabeverhandlung behält sich die Vergabestelle vor, der Rangfolge des Auswahlverfahrens entsprechend den nächst platzierten Bewerber zur Teilnahme an der Vergabeverhandlung einzuladen. Ein Rechtsanspruch auf diese sogenannten Nachnominierung besteht aber nicht. Eine Nachnominierung wird wenn, dann in angemessener Frist, in jedem Fall jedoch 10 Kalendertage vor Ablauf der Angebotsfrist ausgesprochen. Diese Regelung soll einen nachnominierten Teilnehmer eine Mindestvorbereitungszeit und somit die Gleichbehandlung aller Teilnehmer sicherstellen.

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vgv -

Anzuwendende grenzübergreifende Rechtsvorschrift: .

2.1.6. Ausschlussgründe

Rein innerstaatliche Ausschlussgründe: 1. Ausschlussgründe nach §§ 123 und 124 GWB Erklärung (Erklärung im Erklärungsvordruck), 2. Ausschlussgründe nach § 19 Abs. 1 Mindestlohngesetz, §21 § 36 Abs. 1 Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz, § 21 Abs. 1 Arbeitnehmerentsendegesetz, § 98c Abs. 1 Aufenthaltsgesetz, § 22 Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz (Erklärung im Erklärungsvordruck)

5. Los

5.1. Los: LOT-0000

Titel: Planung eines zweiten Kombibeckens als Ingenieurbauwerk gem. HOAI § 43 LPH 1 bis 9 und Besondere Leistungen gem. Anlage 12 zur HOAI sowie Leistungen der Tragwerksplanung gem. HOAI § 51, LPH 1 bis 6 gem. Anlage 14 zur HOAI und Besondere Leistungen, Baugrunduntersuchung und Beurteilung sowie vermessungstechnische Leistungen

Beschreibung: Das Kombibecken soll als teilversenktes Stahlbetonbecken in Ortbetonbauweise errichtet werden. Das Techniklager wird soll in der Größe für 2 bis 3 Gebläse ausgelegt werden. Die Anlieferung eines Fertigteilgebäudes ist denkbar. Bei dieser Option wird die Planungsleitung reduziert vergeben. Zudem muss eine kleine Zufahrtsfläche zum Becken, die auch hohe Achslasten aus einem Kran zum Versetzen der Gebläse aufnehmen kann oder evtl. eine Beckenumfahrung, gebaut werden. Das Gelände am für das neue Becken vorgesehenen Standort ist abschüssig. Im Becken sind eine Tauchwand und eine Ablaufrinne sowie Vorrichtungen für den Räumer zu planen. Die üblichen Anforderungen an wasserundurchlässige Betonbauwerke, die Forderung nach Widerstandsfähigkeit gegen stark lösenden und treibenden chemischen Angriff sind in der Planung zu beachten. Die Zusammenstellung der Bauantragsunterlagen ist Gegenstand der Leistungen, zudem die örtliche Bauüberwachung. In der Tragwerksplanung sollen auch die Schalpläne erstellt werden. Die Baugrunduntersuchung und –Beurteilung soll frühmöglichst eingeleitet werden. Die Vermessung im Zuge der Planung wie auch die Einmessung der Leitungen nach Fertigstellung ist Teil des Auftrages. Von Dritten in einer eigenen Ausschreibung für die Maschinentechnik ist der in das Becken einzubauende Räumer und die Gebläse zu planen, in einer weiteren Ausschreibung für die elektrotechnischen Anlagen ist die Stromversorgung und Mess- und MSR-Technik zu planen.

Interne Kennung: VGI

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71300000 Dienstleistungen von Ingenieurbüros

Zusätzliche Einstufung (cpv): 71327000 Dienstleistungen in der Tragwerksplanung, 71353200

Vermessungsdienste, 71351910 Geologische Untersuchungen

Menge: 1

Optionen:

Beschreibung der Optionen: Option: Planung eines Techniklager-Gebäudes für Gebläse, gem. § 34 HOAI LPH 1-9. Die Erweiterung des Auftrages in jeder Auftragsstufe um bis zu 50% des Beschaffungsumfanges ohne erneute Ausschreibung wird unter den Bedingungen GWB § 132 Abs. 2 vorbehalten. Überprüfungsklausel: Technisch und betrieblich erforderliche

Maßnahmen, die zum Zeitpunkt der Veröffentlichung dieses Auftrages nicht bekannt waren.

Option: Der Auftraggeber beauftragt den Auftragnehmer mit Vertragsschluss mit der Leistungsstufe 1: Das sind vorliegend die Leistungen der Leistungsphasen 1 und 2 HOAI § 43 und 34 sowie § 51 HOAI. Leistungsstufen, die der Auftraggeber nicht mit Vertragsschluss beauftragt, stehen unter der aufschiebenden Bedingung, dass der Auftraggeber sie erst bei Fortsetzung der Planung / Ausführung abrufen. Die Leistungen werden stufenweise beauftragt, soweit erwartete Fördermittel für die jeweilige Stufe bewilligt werden, soweit die Finanzierung gesichert und soweit keine schwerwiegenden Gründe gegen eine Weiterbeauftragung vorliegen. Leistungsstufe 2: LPH 3 gem. HOAI § 43 und 34 sowie § 51 HOAI. Leistungsstufe 3: LPH 4 gem. HOAI § 43 und 34 sowie § 51 HOAI. Leistungsstufe 4: LPH 5, LPH 6 und LPH 7 gem. HOAI § 43 und 34 sowie LPH 5 und LPH 6 gem. § 51 HOAI, Leistungsstufe 5: LPH 8 und LPH 9 gem. HOAI § 43 und 34. Ein Rechtsanspruch auf Gesamtbeauftragung besteht nicht. Der Auftraggeber behält sich vor, besondere Leistungen, die im Zuge der Projektbearbeitung nicht erforderlich werden, nicht zu beauftragen.

5.1.2. Erfüllungsort

Stadt: Griesstätt

Land, Gliederung (NUTS): Rosenheim, Landkreis (DE21K)

Land: Deutschland

5.1.3. Geschätzte Dauer

Datum des Beginns: 01/10/2024

Enddatum der Laufzeit: 31/07/2030

5.1.4. Verlängerung

Weitere Informationen zur Verlängerung: Die Verlängerung ist für den Fall vorbehalten, dass: - eine längere Ausführungsdauer bei der Umsetzung der Maßnahme zu einem wirtschaftlichen Ergebnis führt. - die Haushaltsmittelbereitstellung zu einer Verlängerung der Baumaßnahmen führt.

5.1.6. Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme:

Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten Personals sind anzugeben: Erforderlich für das Angebot

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: ja

Zusätzliche Informationen: #Besonders auch geeignet für:freelance#,#Besonders auch geeignet für:selbst#,#Besonders auch geeignet für:other-sme#

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Kriterium:

Art: Eignung zur Berufsausübung

Bezeichnung: Berufsqualifikation

Beschreibung des Eignungskriteriums: 1. Der verantwortliche Leistungserbringer muss über folgende Qualifikation verfügen: - Natürliche Personen, für die am Tag der Bekanntmachung die Bauvorlagenberechtigung gem. BayBO Art 61 Abs. 2 und zudem der Nachweis zur Berechtigung der Einreichung von Standsicherheitsnachweisen gem. Anforderungen BayBO Art 62a Abs. 2 vorliegen. Ist im jeweiligen Heimatland die Berufsbezeichnung grundsätzlich nicht geregelt, so sind die fachlichen Voraussetzungen erfüllt, wenn die Berechtigung zur Führung der o. g. Berufsbezeichnung nach der Richtlinie 2005/36/EG des Europäischen Parlaments und des Rates gewährleistet ist, - juristische Personen, wenn deren satzungsgemäßer Geschäftszweck auf Planungsleistungen der hiergegebenen Art ausgerichtet ist. Die bei einer juristischen Person für die Ausführung der betreffenden Dienstleistungen verantwortlichen Personen müssen, die an natürliche Personen gestellten Anforderungen erfüllen.

Anwendung dieses Kriteriums: Verwendet

Kriterium:

Art: Sonstiges

Bezeichnung: Erklärung

Beschreibung des Eignungskriteriums: Es werden folgende Angaben gefordert: 1. Erklärung (im Erklärungsvordruck) über wirtschaftliche und / oder rechtliche Verknüpfung mit anderen Unternehmen § 36 Abs. 1 VgV, 2. Erklärung (im Erklärungsvordruck) zur Zusammenarbeit mit anderen Unternehmen, 3. Der Bieter muss bereit sein, im Auftragsfall eine Erklärung gem. Verpflichtungsgesetz abzugeben, 4. Erklärung (im Erklärungsvordruck) des Bewerbers/ Bieters über die Bildung von Bietergemeinschaften, soweit zutreffend. Bietergemeinschaften haften gesamtschuldnerisch und haben mit ihrem Teilnahmeantrag eine Erklärung abzugeben, in der alle Mitglieder aufgeführt sind und der bevollmächtigte Vertreter benannt ist, der die Mitglieder gegenüber der Vergabestelle rechtsverbindlich vertritt. Mehrfachbeteiligungen einzelner Mitglieder einer Bewerber-, Bietergemeinschaft sind unzulässig und führen zur Nichtberücksichtigung sämtlicher betroffener Bewerber-, Bietergemeinschaften im weiteren Verfahren. Mehrfachbewerbungen sind auch Bewerbungen unterschiedlicher Niederlassungen eines Bewerberbüros sowie mehrerer Mitglieder ständiger Büro- und Arbeitsgemeinschaften, 5. Erklärung (im Erklärungsvordruck) über ein eventuelle Weitergabe von Auftragsteilen an andere Unternehmen. Der Bewerber muss außerdem gem. § 36 Abs. 1 VgV und § 46 Abs. 3 Nr. 10 VgV angeben, welche Teile des Auftrags er beabsichtigt als Unterauftrag zu vergeben. Eine entsprechende Verpflichtungserklärung dieser Unternehmen ist in der Phase 2 dieses Verfahrens abzugeben, 6. Erklärung (im Erklärungsvordruck) zur Eignungsleihe falls zutreffend: Beabsichtigt der Bieter im Hinblick auf die Leistungsfähigkeit die Kapazitäten Dritter in Anspruch zu nehmen (Eignungsleihe), so hat er diese zu benennen. Der Bieter muss mit dem Angebot nachweisen, dass ihm die für den Auftrag erforderlichen Mittel tatsächlich zur Verfügung stehen werden, indem er beispielsweise eine entsprechende Verpflichtungserklärung dieser Unternehmen vorlegt. Zudem muss der Dritte die Angaben zu Ausschlusskriterien (§§ 123 und 124 GWB) machen. Nimmt der Bieter im Hinblick auf die Kriterien für die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit im Rahmen einer

Eignungsleihe die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch, müssen diese Unternehmen in dem Umfang, in dem ihre Kapazitäten in Anspruch genommen werden, gemeinsam für die Auftragsdurchführung Haften. Bei der Prüfung der Eignung des Bieters werden Leistungen der Eignungsleihe nur in dem Umfang und für Bereiche der beabsichtigten Leistungsübertragung bewertet. Eine entsprechende Haftungserklärung ist auf Anforderung nachzureichen, 7. Bei juristischen Personen: Auszug aus dem Handelsregister, aus dem der Unternehmenszweck zu ersehen ist. Bei Partnerschaftsgesellschaften und Partnerschaftsgesellschaften mit beschränkter Berufshaftung: Nachweis der Eintragung ins Partnerschaftsregister nach PartG, 8. Erklärung zum Russlandbezug des Bieters / die Bietergemeinschaft sowie von Unterauftragnehmern, Lieferanten oder eignungsverleihenden Unternehmen.

Kriterium:

Art: Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Bezeichnung: Berufshaftpflichtversicherung

Beschreibung des Eignungskriteriums: Nachweis der Berufshaftpflichtversicherung; Der Nachweis bzw. die Erklärung darf nicht älter als 12 Monate vor Tag der Absendung dieser Bekanntmachung sein. Im Falle einer Bewerbergemeinschaft muss der Versicherungsschutz auf die Bewerbergemeinschaft ausgestellt sein. Alternativ kann eine gleichlautende Versicherungsbestätigung aller Mitglieder der Bewerbergemeinschaft eingereicht werden (Mindestsummen sind von jedem Mitglied der Bewerbergemeinschaft vorzuweisen), wenn in der jeweiligen Bescheinigung der Passus enthalten ist, dass auch die Teilnahme an Bewerbergemeinschaften sowie das in diesem Zusammenhang bestehende Risiko aus der gesamtschuldnerischen Haftung und dem Insolvenzrisiko eines Bewerbergemeinschafts-Partners mitversichert ist. Bei Erteilung des Auftrags muss der gültige Versicherungsschein über mind. 1.500.000 EUR für Personenschäden und 1.000.000 EUR für sonstige Schäden vorgelegt werden. Die Ersatzleistung der Versicherung muss mindestens das zweifache der o. g. Deckungssummen pro Jahr betragen. Die Deckung muss über die gesamte Vertragslaufzeit uneingeschränkt erhalten bleiben.

Anwendung dieses Kriteriums: Verwendet

Kriterium:

Art: Sonstiges

Bezeichnung: Allgemeine Angaben zu den Referenzen

Beschreibung des Eignungskriteriums: 1. Vorzulegen sind Referenzen zur Bewertung der technischen Leistungsfähigkeit gem. 46 Abs. 3 Nr. 1 VgV entsprechend beigefügter Anlage "Matrix zum Nachweis der Leistungsfähigkeit". 2. Angaben sind bei allen Referenzprojekten erforderlich zu: Bezeichnung des Referenzprojekts, Auftraggeber, Ansprechpartner des Auftraggebers mit aktueller Telefonnummer, namentlich vom Bauherrn beauftragter Auftragnehmer, Beauftragte und erbrachte Leistungen/ Angabe der erbrachten Leistungsphasen, Einsatz mit Umfang von Nachunternehmen oder freien Mitarbeitern, Benennung der Auftragnehmer für die Leistungen im Umfang des Auftrages dieser Veröffentlichung, die nicht vom Bewerber erbracht wurden, Baubeginn (Tag, Monat und Jahr), 3. Die Nichteinhaltung der geforderten Mindestanforderungen an die Referenzen führt zur Wertung mit 0 Punkten bei der betroffenen Referenz, nicht aber zum Ausschluss. Die detaillierte Bewertung ergibt sich aus der Matrix zum Nachweis der Leistungsfähigkeit, die mit dem Teilnahmeantrag abrufbar ist. Wurde ein Referenzprojekt durch eine ARGE geleistet, kann nur der tatsächlich erbrachte Leistungsanteil des Bewerbers gewertet werden. Hierzu muss der genaue Leistungsanteil in den Bewerbungsunterlagen angegeben werden. Hierzu muss der genaue Leistungsanteil in den Bewerbungsunterlagen angegeben werden. Der

Auftraggeber behält sich vor, Bescheinigungen von öffentlichen und privaten Auftraggebern über die Ausführung der angegebenen Referenzprojekte anzufordern. Bei der Bewertung wird der Auftraggeber ein Punktesystem anwenden, somit ergibt sich eine Reihenfolge der Bewerber. Erfüllen mehrere Bewerber gleichermaßen die Anforderungen und ist die Bewerberanzahl nach objektiver Auswahl entsprechend der zugrunde gelegten Eignungskriterien zu hoch, entscheidet bei Punktgleichheit auf dem letzten Rang das Los (§ 51 VgV i. V. m. § 75 Abs. 6 VgV).

Kriterium:

Art: Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Bezeichnung: Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern: Umsatz (siehe Matrix zum Nachweis der Leistungsfähigkeit)

Beschreibung des Eignungskriteriums: Mittel des Umsatzes, der in den Geschäftsjahren 2021, 2022 und 2023 erbrachten Leistungen gem. § 45 Abs. 1 Nr. 1 VgV im Leistungsbild der ausgeschriebenen Leistungen (brutto EUR)

Anwendung dieses Kriteriums: Verwendet

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Gewichtung (Punkte, genau): 10,00

Kriterium:

Art: Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Bezeichnung: Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern: Beschäftigtenzahl (siehe Matrix zum Nachweis der Leistungsfähigkeit)

Beschreibung des Eignungskriteriums: Durchschnittliche Beschäftigtenanzahl der Ingenieure in den Geschäftsjahren 2021, 2022 und 2023 einschl. Inhaber

Anwendung dieses Kriteriums: Verwendet

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Gewichtung (Punkte, genau): 10,00

Kriterium:

Art: Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Bezeichnung: Referenzprojekt zur Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern (siehe Matrix zum Nachweis der Leistungsfähigkeit)

Beschreibung des Eignungskriteriums: Mindestanforderung an das Referenzprojekt: Alle LPH 2-3 und 5 gem. § 34 oder alternativ § 43 HOAI für ein baulich fertiggestelltes Bauwerk mit hohem Technikanteil im Bauwerk d.h. KG 400 mind. 50% von KG 300 erbracht und abgeschlossen, mit Baubeginn seit 01.01.2016, 1 Referenzprojekt. Kriterien zur Wertung: LPH 4 selbst erbracht und abgeschlossen, Alle LPH 6-7 HOAI selbst erbracht und abgeschlossen, bei vergaberechtlich rügefähiger Berücksichtigung VOB B und C, LPH 8 HOAI selbst erbracht und abgeschlossen, bei vergaberechtlich rügefähiger Berücksichtigung VOB B und C, Ort betonbauwerk mit besonderen Anforderungen an den Beton über Druckfestigkeit, Dichtigkeit und Expositionsklasse hinaus, Bauwerk mit Dichtigkeitsanforderungen an den Beton, KG 300+400 gem. DIN 276 mind. 1,0 Mio. brutto.

Anwendung dieses Kriteriums: Verwendet

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Gewichtung (Punkte, genau): 80,00

Informationen über die zweite Phase eines zweiphasigen Verfahrens:

Mindestzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 3
Höchstzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 3
Der Erwerber behält sich das Recht vor, den Auftrag aufgrund der ursprünglichen Angebote ohne weitere Verhandlungen zu vergeben

5.1.10. Zuschlagskriterien

Begründung, warum die Gewichtung der Zuschlagskriterien nicht angegeben wurde: Der Preis ist nicht das einzige Zuschlagskriterium; alle Kriterien sind nur in den Beschaffungsunterlagen aufgeführt.

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Internetadresse der Auftragsunterlagen: https://www.staatsanzeiger-eservices.de/aJs/EFormsBekVuUrl?z_param=296800

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: https://www.staatsanzeiger-eservices.de/aJs/EFormsBekVuUrl?z_param=296800

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge: 06/08/2024 10:00:00 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Dauer, während der das Angebot gültig bleiben muss: 2 Monate

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können alle fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Bescheinigung öffentlicher Auftraggeber über die Ausführung der angegebenen Referenzprojekte.

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Elektronische Rechnungsstellung: Nicht zulässig

Aufträge werden elektronisch erteilt: nein

Zahlungen werden elektronisch geleistet: nein

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Regierung von Oberbayern, Vergabekammer Südbayern

Informationen über die Überprüfungsfristen: Die Vergabekammer leitet gemäß § 160 Abs. 1

GWB ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. Der Antrag ist gemäß § 160 Abs. 3 Nr. 1

- 4 GWB unzulässig, soweit: 1) der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen

Vergabevorschriften im Vergabeverfahren erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht

innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gerügt hat (§160 Abs. 3 Nr. 1 GWB); 2) Verstöße

gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Angebotsabgabe oder zur Bewerbung gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden (§ 160 Abs. 3 Nr. 2 GWB); 3) Verstöße gegen Vergabe Vorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Angebotsabgabe oder zur Bewerbung gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden (§ 160 Abs. 3 Nr. 3 GWB); 4) mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind (§ 160 Abs. 3 Nr. 4 GWB). Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt: Gemeinde Griesstätt
Organisation, die einen Offline-Zugang zu den Vergabeunterlagen bereitstellt: Gemeinde Griesstätt
Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt: Regierung von Oberbayern, Vergabekammer Südbayern
TED eSender: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

8. Organisationen

8.1. ORG-0000

Offizielle Bezeichnung: Gemeinde Griesstätt
Registrierungsnummer: DE279539231
Postanschrift: Innstr. 4
Stadt: Griesstätt
Postleitzahl: 83556
Land, Gliederung (NUTS): Rosenheim, Landkreis (DE21K)
Land: Deutschland
E-Mail: info@griesstaett.de
Telefon: +4980399056-0

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer
Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt
Organisation, die einen Offline-Zugang zu den Vergabeunterlagen bereitstellt

8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: Regierung von Oberbayern, Vergabekammer Südbayern
Registrierungsnummer: DE 811335517
Stadt: München
Postleitzahl: 80534
Land, Gliederung (NUTS): München, Kreisfreie Stadt (DE212)
Land: Deutschland
E-Mail: vergabekammer.suedbayern@reg-ob.bayern.de
Telefon: +49 892176-2411
Fax: +49 892176-2847

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle
Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt

8.1. ORG-0003

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53119

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de

Telefon: +49228996100

Rollen dieser Organisation:

TED eSender

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: 9f8e3c94-c0e6-4b1f-93d7-0ec6352bbc85 - 01

Formulartyp: Wettbewerb

Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung

Unterart der Bekanntmachung: 16

Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 04/07/2024 00:00:00 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch

Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 401972-2024

ABl. S – Nummer der Ausgabe: 130/2024

Datum der Veröffentlichung: 05/07/2024